

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **25 Jahre nach dem Tode Jorge Gomondais: Gerechtigkeit den Opfern rechter Gewalt!**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Anlässlich des 25. Todestages von Jorge João Gomondai gedenken die Mitglieder des Sächsischen Landtages aller Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen.

II. Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtag

1. ausführlich Bericht zu erstatten über die seit dem Jahr 2011 unternommenen, abgeschlossenen wie auch andauernden konkreten Anstrengungen, zurückliegende Fälle versuchter und vollendeter Tötungsdelikte erneut zu untersuchen und gegebenenfalls hinsichtlich möglicher und bislang nicht hinreichend gewürdigter beziehungsweise nicht öffentlich anerkannter rechtsmotivierter, ausländerfeindlicher und antisemitischer Tathintergründe neu zu bewerten;
2. aufzuzeigen, inwieweit bei der Aufarbeitung sogenannter „Altfälle“ unabhängige akademische Expertise herangezogen wurde oder vorgesehen ist, diese noch heranzuziehen;

Dresden, 27.01.2016

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

3. darzulegen, welche Maßnahmen die Staatsregierung zu ergreifen beabsichtigt oder bereits ergriffen hat, ein notwendiges öffentliches Gedenken an die Todesopfer rechter Gewalt zu ermöglichen;
4. über in Verantwortung der Staatsregierung liegende konkrete Maßnahmen und angemessener Vorkehrungen zu Beratung, Schutz, Hilfe und Unterstützung von Opfern rechter Gewalt in Sachsen und ihrer Angehörigen zu informieren;
5. eine bis zum Ende dieses Jahres umsetzbare Konzeption zur Einrichtung eines materiell hinreichend ausgestatteten Fonds vorzulegen, aus dem materielle Leistungen zu Beratung, Schutz, Hilfe und Unterstützung von Opfern rechter Gewalt in Sachsen und ihrer Angehörigen getragen werden.

III. Die Staatsregierung wird aufgefordert,

in den zuständigen Gremien der Innenministerkonferenz darauf hinzuwirken, das zwischen Bund und Ländern abgestimmte Analyseprojekt zur Untersuchung sogenannter Altfälle auf mögliche Bezüge zur Politisch Motivierten Kriminalität – rechts auszuweiten auf weitere Fallgruppen, darunter Tötungsdelikte, deren Täter bereits einer Verurteilung zugeführt wurden.

Begründung:

Vor 25 Jahren, in der Nacht zum Ostersonntag, 31. März 1991, wurde der in Moçambique geborene *Jorge João Gomondai*, der 1981 als Vertragsarbeiter in die DDR gekommen war, in einer Straßenbahn in Dresden von Neonazis angegriffen. Der 28-Jährige stürzte aus der fahrenden Bahn und erlitt dabei schwerste Kopfverletzungen, denen er wenige Tage darauf, am 6. April 1991, erlag. Gomondai war nach der Wiedervereinigung das erste Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen. Es gab weitere: *Waltraud Scheffler*, getötet im Oktober 1992 in Geierswalde. *Mike Zerna*, getötet im Februar 1993 in Hoyerswerda. *Peter T.*, getötet im Mai 1995 bei Hohenstein-Ernstthal. *Achmed Bachir*, getötet im November 1996 in Leipzig. *Nuno Lourenço*, getötet im Juli 1998 in Leipzig. *Patrick Thürmer*, getötet im Oktober 1999 in Oberlungwitz. *Thomas Kaecke*, getötet im Oktober 2003 in Leipzig. *Marwa El-Sherbini*, getötet im Juli 2009 in Dresden. *Kamal Kilade*, getötet im Oktober 2010 in Leipzig.

Sie alle sind heute als Todesopfer rechter Gewalt offiziell anerkannt. In einigen Fällen geschah dies erst Jahre nach der Tat und nach akribischen Recherchen zivilgesellschaftlicher Initiativen und Medien sowie parlamentarischen Anfragen. Statistiken des *Tagesspiegels* und der *Zeit* sowie des Opferfonds *CURA* weisen eine Reihe weiterer Verdachtsfälle aus (vgl. Drs. 5/4749, Anlage). Zwar war der Freistaat Sachsen nach dem Jahr 2011 und infolge der Aufdeckung der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ an einer Überprüfung von Altfällen beteiligt. Ein nachträglich anerkannter Fall – Thomas Kaecke (s.o.) – war der Staatsregierung bzw. der Polizei augenscheinlich überhaupt erst durch eine Kleine Anfrage (vgl. Drs. 6/407) bekannt geworden. Eine unabhängige Untersuchung hat in Sachsen dagegen nicht stattgefunden – anders als in Brandenburg, wo die erfolgreiche Aufarbeitung von Ermittlungsakten durch unabhängige WissenschaftlerInnen des Moses-Mendelssohn-Zentrums der Universität Potsdam Klarheit schaffen konnte.